

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 300 (2021)

Rubrik: Blick in die Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Die Weltgeschichte ist reich an Einschnitten, Brüchen und Verwerfungen: Kriege haben immer wieder den Lauf der Geschichte verändert, Menschen in die Flucht gezwungen oder ihres Lebens beraubt. Auch Naturkatastrophen haben oft Tod und Verderben gebracht. Dass jedoch eine Pandemie, der Ausbruch einer neuartigen Krankheit, im 21. Jahrhundert die moderne Zivilisation lahmlegen könnte, hatten sich nur wenige vorgestellt. Ihre Mahnungen waren ungehört verhallt.

Wie verletzlich unsere Zivilisation ist, bekam die Welt in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach zu spüren: durch Kriege, Terrorismus, Naturkatastrophen und Finanzkrisen. Das Phänomen der Klimaveränderung bewegt Menschen weltweit. Die militärischen Arsenale bleiben randvoll mit Massenvernichtungswaffen gefüllt. Auch zivile Nuklearkatastrophen wie in Tschernobyl und Fukuyama zeigten auf, welche Gefahren mit der Nutzung moderner Technologien verbunden sind. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck prägte in diesem Zusammenhang 1986 den Begriff der «Risikogesellschaft» und warf die Frage auf: «Wo und wie sind die Grenzen zu ziehen zwischen noch und nicht mehr hinzuneh-

menden Risiken?» Manche dieser neuen Risiken sind mit der Globalisierung verbunden: Die Auslagerung ganzer Industriezweige hat gefährliche Abhängigkeiten entstehen lassen. Was in China geschieht, betrifft die ganze übrige Welt. Dank der engen Verflechtungen konnte sich auch das neue Virus (Sars-CoV-2) rasch über die ganze Erde verbreiten.

Ursprung in China

Ausgangspunkt war ziemlich sicher ein Tiermarkt im chinesischen Wuhan. Dort muss das neuartige Virus im November 2019 zum ersten Mal auf Menschen übergesprungen sein. Viel spricht dafür, dass der Ursprung bei lebenden Fledermäusen lag, die als Delikatesse feilgeboten

wurden. Hartnäckig hielten sich auch Gerüchte, wonach Sars-CoV-2 aus dem Hochsicherheits-Labor für Virologie in Wuhan entwichen sein könnte. Schon nach der Sars-Epidemie von 2002/2003 hatte China beteuert, Märkte für exotische Tiere, die als Krankheitsträger berüchtigt sind, zu schliessen. Doch nichts dergleichen geschah. Wie im Falle von Sars wurde das Auftauchen der neuartigen Lungenkrankheit zuerst wochenlang vertuscht. Bevor die Behörden reagierten, liessen sie wertvolle Zeit verstreichen. Ärzte, die darüber berichteten, wurden mit Polizeigewalt zum Schweigen gebracht, Informationen in den sozialen Medien gelöscht. Noch Mitte Januar behaupteten die chinesischen Staatsmedien, dass es keine An-

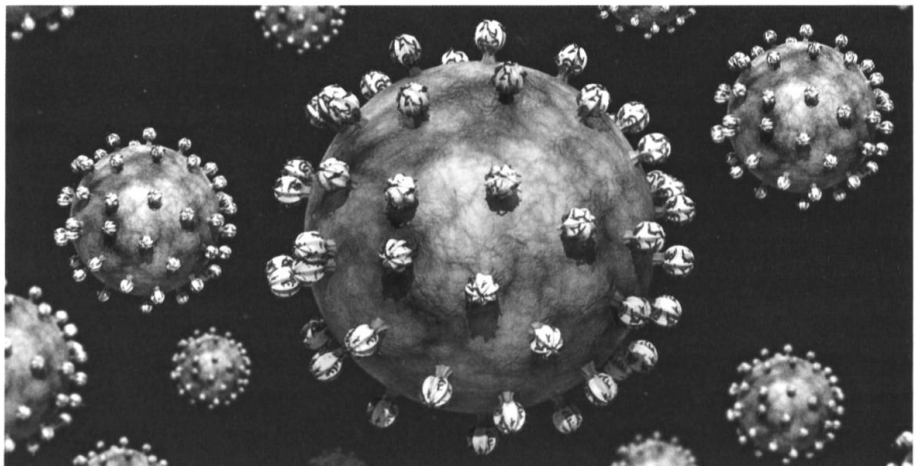


Bild: Keystone-SDA

Das Coronavirus Sars-CoV-2, das die Lungenkrankheit Covid-19 verursacht, in einer computergestützten Aufnahme.



Chinesische Ärzte und Pfleger in Wuhan, wo das Coronavirus zum ersten Mal aufgetreten ist.

zeichen für eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung gebe. Erst am 26. Januar, einen Tag nach Beginn des Chinesischen Neujahrs, reagierte das Regime: Staatspräsident Xi Jinping sprach plötzlich von einer «ernsten Lage». Alle weiteren Feierlichkeiten wurden abgesagt; für den 29. Januar verhängten die Behörden eine Massenquarantäne über die ganze Provinz Hubei mit der Millionenstadt Wuhan. Den Menschen wurde das Verlassen ihrer Häuser untersagt. Bei der Überwachung der Bürger kam modernste Technologie zum Einsatz. Peking wurde abgeschottet, die Einreise von Ausländern untersagt. Bereits Ende März gab die Regierung in Peking bekannt, China habe die Pandemie überstanden. Für das anfängliche Versagen machte die Zentralregierung die lokalen Behörden verantwortlich. Glaubwürdige Informationen deuten

jedoch darauf hin, dass Präsident Xi Jinping und Chinas KP bereits im Dezember um das Auftauchen der Krankheit wussten.

Auch die in Genf ansässige Weltgesundheitsorganisation WHO reagierte anfangs zögerlich: Es dauerte bis zum 11. März, bis die WHO das Coronavirus zur «Pandemie» emporstufte. Seit Mitte Februar hatte sich das Coronavirus bereits weit über China hinaus verbreitet. Zunächst nach Südkorea, Japan und Südostasien. Dann nach Italien und Spanien. Etwas später erfasste das Virus alle anderen europäischen Staaten, Russland, die USA, Südamerika und Afrika. Da es sich bei Covid-19 um eine unbekannte neue Krankheit handelte, reagierte jedes Land unterschiedlich. Selbst innerhalb der EU gingen die Vorgehensweisen weit auseinander. Jedes Land schaute für sich selber, war sich selber das Nächste. Grenzen

wurden hochgezogen, wo eigentlich freier Personenverkehr galt. Einzelne Regierungen verschafften sich Respekt durch Führungsstärke und Kompetenz, andere fielen durch Zaudern und widersprüchliches Handeln auf. Für Demokratien stellte sich auch ein Legitimationsproblem: Wie weit durften sie unter Ausnutzung ihrer verfassungsmässigen Kompetenzen gehen, um Grund- und Freiheitsrechte ihrer Bürger zu beschneiden? Nicht alle Regierungen widerstanden der Versuchung, sich mehr Macht zu verschaffen.

Beispielhafte asiatische Länder

Taiwan war das erste Land, das offiziell und noch vor China auf das neuartige Virus reagierte. Bereits Ende Dezember wurden die Behörden der Inselrepublik auf Sars-CoV-2 aufmerksam. Am 31. Dezember 2019, früher als alle anderen Staaten, führte Taiwan besondere Gesundheitskontrollen für alle aus China einreisenden Personen ein. Ein nach der Sars-Epidemie 2004 entworfener Plan wurde sukzessive umgesetzt: Quarantäne-Massnahmen, Suche nach Infizierten, Regelungen für Schulen, Geschäfte und Fabriken, Kontrolle der See- und Luftgrenzen. Am 21. Januar 2020 wurde der erste Covid-19-Fall in Taiwan bestätigt. Innerhalb weniger Wochen brachte Taiwan die Ausbreitung der Krankheit unter Kontrolle. Bis Ende April ver-

zeichnete die Inselrepublik bei einer Bevölkerung von 23,5 Millionen lediglich 429 bestätigte Coronafälle und 6 Todesopfer. Die WHO nahm davon jedoch keine Kenntnis, da sie Taiwan auf Druck Pekings als «abtrünnige Provinz» Chinas behandelt.

Südkorea wurde von Covid-19-Erkrankungen besonders hart getroffen. Nach dem 20. Februar verbreitete sich das Virus, von China her eingeschleppt, rasant in der Bevölkerung. Epizentrum der Ausbreitung war eine christliche Sekte. Ab Mitte März gelang es der Regierung, die Zahl der Ansteckungen dank radikaler Einschränkungen im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Dabei spielten Apps und Websites eine wichtige Rolle, die vor Orten warnten, an denen sich Infizierte aufgehalten hatten. Um den 10. Mai herum feierte das Virus jedoch ein Comeback in Südkorea: Ein Barbesucher in Seoul hatte Dutzende anderer Gäste angesteckt. Ein Fingerzeig, dass bei einem Nachlassen der Vorsicht jederzeit mit einer «zweiten Welle» von Ansteckungen zu rechnen ist.

Italien und Spanien als Brennpunkte

Früher als die meisten Länder wurde Italien von der Corona-Seuche erfasst. Bereits am 28. Januar traten die ersten Fälle auf. Sie konzentrierten sich auf den Norden des Landes, vor allem auf die Regionen Lombardei,



Bild: Keystone-SDA

Mitglieder des italienischen Zivilschutzes beim Abtransport von Särgen von Coronaopfern in Bergamo.

Emilia-Romagna und Venetien. Am stärksten betroffen war die Stadt Bergamo. Einen wesentlichen Grund für die rasante Ausbreitung der Covid-19-Pandemie sahen Fachleute in der grossen Anzahl legal und illegal in Norditalien lebender Chinesen. Besonders alarmierend in Italien war die Zahl der Toten – bis Mitte Mai mehr als 30 000. Das italienische Gesundheitssystem war auf die Corona-Pandemie schlecht vorbereitet: Es fehlte an Spitalbetten, Schutzmaterial und Medikamenten, so dass viele Patienten nicht angemessen behandelt werden konnten. Ministerpräsident Giuseppe Conte liess Anfang März die Lombardei, die Emilia und Venetien abriegeln; kurz darauf stellte die Regierung das ganze Land unter Quarantäne: Geschäfte, Restaurants und Produktionsbetriebe mussten schliessen; für die Allgemeinheit galten drastische

Ausgangsbeschränkungen. Dadurch gelang es, die Fallzahlen bis Ende April in den Griff zu bekommen. Italien beklagte sich jedoch bitter über EU-Partnerländer wie Deutschland, die dem Land nicht wie erwartet finanzielle Hilfe leisteten.

Auch Spanien wurde von der Corona-Pandemie hart getroffen: Laut offiziellen Zahlen erkrankten bis Mitte Mai 2020 über 270 000 Personen; mehr als 25 000 starben an Covid-19. Am 13. März verfügte die Regierung eine landesweite Ausgangssperre. Ein Eisstadion in Madrid musste zur Leichenhalle umfunktioniert werden. Wie in Italien dauerte es bis weit in den April hinein, bis die Fallzahlen zu sinken begannen. Erst am 4. Mai durften die Menschen ihre Häuser erstmals wieder verlassen.

Auch Frankreich gehörte zu den am stärksten betroffenen Ländern Europas. Besonders

stark wütete die Seuche im Elsass und in der Region Paris. Viele der anfänglichen Infektionen wurden auf ein Treffen einer Freikirche in Mulhouse zurückgeführt. Am 16. März verfügte Präsident Emmanuel Macron eine landesweite Ausgangssperre. Wie in allen anderen Staaten mangelte es in Frankreich an Testkapazitäten. Vergleichsweise langsam bewegte sich das Land mit Lockerungsschritten nach dem Abflauen der Pandemiewelle. Hotels und Gaststätten blieben bis in den Juni hinein geschlossen.

Führungsstärke und Besonderheit

Punkto Zahl der bestätigten Fälle stand Deutschland unter den Staaten der Welt ebenfalls weit oben in der «Rangliste»: Bis Mitte Mai wurden fast 180 000 Fälle und über 7500 Tote gemeldet. Besonders stark betroffen waren Bayern und Baden-Württemberg. Je länger die Krise dauerte, desto lauter wurde indessen auch die Kritik an den Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Führungsstärke zeigte während der Coronakrise Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz. Das Coronavirus war Ende Februar von der Lombardei her eingeschleppt worden. Bei der Verbreitung spielte eine Bar im Skikurort Ischgl nahe der Schweizer Grenze eine zentrale Rolle. Österreichs Koalitionsregierung aus ÖVP und Grüne re-

agierte rasch: Ab dem 10. März wurden Einreisen aus Risikogebieten untersagt, kurz darauf die Grenzen zu den Nachbarländern geschlossen. Ab 11. März verfügte die Regierung die Schliessung sämtlicher Schulen. Alle nicht für die Grundversorgung notwendigen Geschäfte mussten dichtmachen, ebenso Restaurants und Bars. Als sich Anfang April eine Verbesserung der Situation abzeichnete, ging Österreich beim Ausstieg aus dem Lockdown erneut voran.

Eigenwilliges Schweden

Schweden entschied sich für einen alternativen Weg: Zwar wurde das Land nicht anders als der Rest Europas vom Coronavirus erfasst. Die Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen setzte jedoch zur Eindämmung der Epidemie auf Freiwilligkeit: Unternehmen, Schulen, Einkaufsgeschäfte, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe blieben offen. Ebenso die Landesgrenzen. Nur für Altersheime verfügte die Regierung ein striktes Besuchsverbot. Versammlungen mit mehr als fünfzig Personen wurden untersagt. Sonst aber setzte die Regierung voll auf die Selbstverantwortung der Bürger. Der Preis dieser Strategie war hoch: Schweden verzeichnete pro Kopf der Bevölkerung mindestens so viele Covid-19-Erkrankungen wie andere europäische Länder; die Zahl der Toten, vor allem in Altersheimen, war jedoch ungleich höher als bei-

spielsweise in Norwegen und Finnland.

Grossbritannien verfolgte anfänglich eine ähnliche Strategie wie Schweden. Premierminister Boris Johnson verkündete am 13. März, es werde vorerst keine Quarantänemassnahmen und keine Einschränkungen für Grossveranstaltungen geben. Als jedoch die Zahl der Todesfälle rasch anstieg, vollzog die Regierung eine Kehrtwende: Am 23. März verkündete Johnson allgemeine Ausgangsbeschränkungen. Versammlungen von mehr als zwei Personen wurden verboten, Geschäfte (ausser für Lebensmittel) geschlossen. Johnson selber steckte sich mit dem Virus an; er überlebte nur mit Glück. Das Königreich zählte zu den am schwersten betroffenen Ländern der Welt: Bis Mitte Mai wurden mehr als 220 000 Infizierte und über 32 000 Todesopfer gezählt.

Notlage in den USA

Die USA verhielten sich wie viele andere Staaten anfänglich passiv. Noch am 22. Januar erklärte Präsident Trump am WEF in Davos zum Thema Corona: «Wir haben es völlig unter Kontrolle.» Der erste bestätigte Coronafall in den USA betraf einen Mann, der am 15. Januar aus Wuhan in die USA zurückgekehrt war. Am 31. Januar deklarierte die Trump-Regierung eine «gesundheitliche Notlage» und verfügte einschneidende Einreisebestimmungen. Am 11. März untersagte Trump

sämtliche Einreisen von Nicht-Amerikanern auch aus den Schengen-Staaten, was zur praktisch völligen Einstellung der Flugverbindungen zwischen den USA und Europa führte. Zur Bewältigung der Krise einigte sich der Kongress innert weniger Tage am 23. März auf das grösste Hilfspaket der Geschichte der USA in der Höhe von 2,3 Billionen Dollar. Es sollte dazu dienen, Familien, Arbeitslosen und Unternehmen unter die Arme zu greifen. Die Notenbank FED senkte ihrerseits den Leitzins auf 0,25 Prozent; dadurch gelang es, die dramatisch abgesackten Börsen weltweit zu stabilisieren. Inzwischen erhöhte sich die Zahl bestätigter Fälle in den USA rasant. Ende März waren die USA das Land mit den meisten Covid-19-Erkrankungen. Brennpunkte waren vor allem der Staat und die Stadt New York, der Nordosten des Landes sowie Kalifornien. Mitte Mai zählten die USA offiziell mehr als 1,5 Millionen Infizierte und mehr als 90 000 Tote. Über 20 Millionen Menschen verloren im März und April ihren Job. Mit unbedachten Äusserungen vor laufenden Kameras verspielte Präsident Trump viel Vertrauen in das Krisenmanagement der Regierung.

In Südamerika kam die Pandemie relativ spät, erst Mitte März, an. Dank rigorosen Grenzschliessungen, Ausgangssperren und Einschränkungen der persönlichen Freiheit gelang es, die Fallzahlen vergleichsweise tief zu halten. Die Coronakrise traf in-

dessen auf einen Kontinent, der kaum über finanzielle Ressourcen verfügte, um die Pandemie sozial verträglich zu bekämpfen. Erstaunlicherweise blieb Afrika von der Pandemie grossenteils verschont. Grund dafür war laut Experten der relativ tiefe Altersdurchschnitt der Bevölkerung, ausserdem wohl auch der Mangel an Testmöglichkeiten. Einzig Südafrika verzeichnete signifikant hohe Infektionsraten.

Kehrseiten der Globalisierung

Die Coronakrise offenbarte die problematischen Seiten der Globalisierung: Auf der einen Seite hat die weltweite Vernetzung zur Eindämmung von Armut und Elend beigetragen. Auf der anderen Seite sind gefährliche Abhängigkeiten entstanden. Durch die globale Arbeitsteilung wurden die Produktionsketten länger, störungsanfälliger und zerbrechlicher. Die Pandemie führte rasch zu Engpässen in der Versorgung. Lieferketten wurden unterbrochen. Industrien, die auf Güter aus dem Ausland und auf Exporte angewiesen waren, kamen zum Stillstand. Millionen von Menschen verloren ihre Arbeit. Mit der Schliessung der Grenzen kam auch der internationale Luftverkehr fast vollständig zum Erliegen. Der Tourismus, eine Schlüsselindustrie mancher Länder, brach zusammen. Die Weltwirtschaft geriet in eine tiefe Rezession. Wie nachhaltig werden die Folgen sein? Ob die Krise auch zu einer

Neubewertung der Globalisierung führen wird? Zu einem Nachdenken darüber, ob alles auf dieser Welt zu Billigstpreisen – auf Kosten der Umwelt und des gesamten Planeten – verfügbar bleiben kann wie bisher?

Klima-Notstand

Hätte es die Corona-Krise nicht gegeben, wären 2019 und 2020 wohl als Jahre der Klimabewegung in die Geschichte eingegangen. Nie zuvor setzten sich so viele Menschen für Massnahmen gegen die Erderwärmung ein. Viele Staaten, unter ihnen die Schweiz, beschlossen Gesetze, um den Ausstoss von CO₂ und Treibhausgasen zu verringern. Ende November 2019 rief das EU-Parlament den Klimanotstand aus. Wie dringlich Massnahmen zum Klimaschutz sind, führten Brandkatastrophen in der Amazonas-Region und in Australien vor Augen. Allein im Norden Brasiliens wurden 2019 über 75 000 Brände registriert. Viele dieser Brände waren auf Brandstiftungen zurückzuführen. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro wurde gar vorgeworfen, die Brände aus wirtschaftlichen Interessen gefördert zu haben – zugunsten von Viehzüchtern, die Fleisch nach China exportieren wollten.

Von extremen Feuern wurde auch Australien heimgesucht. Zwischen Juni 2019 und März 2020 brannten mehr als zwanzig Prozent der bewaldeten Flächen Australiens ab. Die Buschbrände

verwüsteten die dreifache Fläche der Schweiz. Vielerorts wurde der Ausnahmezustand verhängt. Erst ausgiebige Regenfälle in den Monaten Februar und März 2020 sorgten für ein Ende dieser Katastrophe.

Der weltweite Kampf gegen die Erderwärmung kam jedoch nur schleppend voran. Zahlreiche Staaten, Regionen, Städte und Unternehmen äusserten zwar die Absicht, schon vor 2050 CO₂-neutral zu werden. Doch in der politischen Realität gestaltete sich das Vorhaben schwierig. Die Uno-Klimakonferenz 2019 in Madrid endete nach dreizehn Tagen mit einem Null-Ergebnis.

Was Staaten und Organisationen nicht zustandebrachten, bewirkte die Coronakrise. Sie legte grosse Teile der Weltwirtschaft lahm, fesselte die Menschen an ihre Häuser, drosselte die Nachfrage nach Erdöl und brachte den Verkehr auf den Strassen zum Erliegen. Der Flugverkehr brach ab März 2020 völlig ein. Über den Grossstädten lichtete sich der Himmel. Die Luftqualität verbesserte sich. Ob sich dadurch auch der Klimawandel verlangsamen wird, steht dahin. Jedenfalls erreichte die Corona-Krise auf unerwartete Weise mehr als manche staatlichen Regulierungen.

Mittlerer Osten als Pulverfass

2020 hätte auch als Jahr eines verheerenden Mittelostkriegs in die Geschichte eingehen können. Das Jahr begann mit einem



Bild: Keystone-SDA

Hunderttausende von Menschen nahmen am 7. Januar 2020 in Teheran an der Trauerkundgebung für General Kassem Soleimani teil.

Paukenschlag: In den frühen Morgenstunden des 3. Januars liess US-Präsident Donald Trump den iranischen General Kassem Soleimani durch eine Drohne töten. Soleimani galt als einer der mächtigsten Männer des iranischen Machtapparats. Er kommandierte die Quds-Brigade, eine Elite-Einheit, die Spezialeinsätze ausserhalb Irans durchführte. Die USA machten den Mann für zahlreiche Anschläge gegen amerikanische Einrichtungen im Nahen Osten verantwortlich, unter anderem für einen Angriff pro-iranischer Milizen auf die Botschaft der USA in Bagdad. Soleimani galt als treibende Kraft für das Engagement Irans in Syrien, Irak und Jemen. Ausserdem soll er sich gegenüber der irakischen Regierung für einen harten Kurs gegen die demonstrierende Bevölkerung eingesetzt haben. Der Mili-

tärschlag löste kontroverse Reaktionen aus: Während die Tötung Soleimanis in Israel und – weniger explizit – auch in einzelnen arabischen Staaten begrüsst wurde, löste er in Europa viel Kritik aus. In Iran gingen auf Geheiss des Regimes Hunderttausende auf die Strasse, um des toten Generals zu gedenken und Amerika Rache zu schwören. Das Teheraner Regime drohte ausserdem mit der Zerstörung der Stadt Haifa in Israel. Der angekündigte iranische Gegenschlag kam wenige Tage später (am 7. Januar), richtete aber in der Umgebung von US-Stützpunkten nur geringe Schäden an. In derselben Nacht, in den frühen Morgenstunden des 8. Januar, stürzte eine Boeing 737-800 der Ukraine International Airlines (UIA) in der Nähe von Teheran ab. An Bord befanden sich 167 Passagiere und 9 Besat-

zungsmitglieder. Nach dem Absturz sprach das iranische Staatsfernsehen von einem technischen Defekt als Absturzsache. Volle drei Tage blieb das Ayatollah-Regime bei dieser Version. Am 11. Januar räumten die Revolutionsgarden ein, das Flugzeug sei wegen menschlichen Versagens abgeschossen worden, da man es für einen Marschflugkörper gehalten habe. Die Flugzeug-Katastrophe veränderte schlagartig die Situation nach der Tötung Soleimani: Bei 147 der Flugzeugpassagiere handelte es sich um gebürtige Iraner; die meisten von ihnen studierten in Kanada. Erneut kam es in Iran zu Kundgebungen; diese richteten sich jetzt gegen das Regime, das den Abschuss des Flugzeuges zu verheimlichen versucht hatte. Die Corona-Epidemie, die auch Iran schwer traf, liess die Auseinandersetzungen mit den USA vorübergehend in den Hintergrund treten.

Bürgerkriege ohne Ende

In Syrien ging der Bürgerkrieg weiter. Truppen des Regimes stiessen Anfang 2020 mit russischer Unterstützung gegen die letzten Rebellenhochburgen im Nordwesten des Landes vor. 2019 waren türkische Truppen über die Grenze nach Syrien vorgedrungen, um eine Pufferzone zu bilden und kurdische Milizen daran zu hindern, sich im Grenzgebiet definitiv zu etablieren. Die Türken sahen sich nun ebenfalls Angriffen der Assad-Truppen

ausgesetzt. Mehr als zwanzig türkische Soldaten starben. Erst ein Treffen zwischen Ministerpräsident Erdogan und Russlands Präsident Wladimir Putin brachte einen Waffenstillstand. Die Türkei richtete ihre Wut besonders gegen die EU, von der sie sich im Stich gelassen fühlte: Ende Februar 2020 liess Erdogan die Grenzen für Migranten gegen Bulgarien und Griechenland öffnen. Die EU reagierte mit der Abriegelung von Grenzabschnitten und dem Einsatz von Tränengas, um die Migranten abzuhalten. Erst nach weiteren Hilfszusagen der EU und unter dem Eindruck der Coronavirus-Pandemie machte Ankara die Grenzöffnung rückgängig.

Auch Libyen ist seit dem Sturz des Diktators Muammar al-Ghaddafi 2011 Schauplatz von Bürgerkriegen und Kämpfen bewaffneter Milizen. Die Rechtsunsicherheit begünstigt Ableger der Terrororganisationen IS und al-Kaida sowie Schlepperorganisationen, die Migranten aus Schwarzafrika und dem Mittleren Osten zum Mittelmeer und nach Europa schleusen. Mit russischer und arabischer Unterstützung gelang es einem der Rebellenführer, General Khalifa Haftar, einen Grossteil des Landes unter seine Kontrolle zu bringen. 2019 standen die Verbände Haftars vor Tripolis. Friedenskonferenzen in Moskau und Berlin im Januar 2020 erreichten zwar eine vorübergehende Waffenruhe. Diese zerbrach jedoch bereits im April wieder.

In Afghanistan gelang es der Trump-Regierung, mit den aufständischen Taliban einen Friedensvertrag abzuschliessen. Ziel der USA war es, ihre Truppen sukzessive aus dem Land zurückzuziehen, ohne dem IS und al-Kaida eine Rückkehr zu ermöglichen. Ob sich die Taliban auch mit der Regierung in Kabul auf eine Machtteilung einigen könnten, blieb indessen offen.

Proteste gegen die Regierenden

Hätte die Corona-Pandemie nicht weltweit alle anderen Probleme überlagert, wäre 2019/2020 vielleicht auch als Jahr in Erinnerung geblieben, wo Menschen sich in vielen Ländern rund um den Globus gegen die Regierenden zur Wehr setzten.

Monatelange Strassenproteste erschütterten die chinesische Sonderverwaltungszone Hongkong. Nach dem Prinzip «Ein Land – zwei Systeme» genoss Hongkong seit der Übergabe an China (1997) in inneren Belangen eine vertraglich geregelte Autonomie. Diese stand jedoch seit einigen Jahren unter wachsendem Druck Pekings. Unmittelbarer Auslöser der Proteste war ein Gesetz, das die Auslieferung von Straftätern an die chinesischen Behörden ermöglicht hätte. Gegner sahen dadurch die unabhängige Rechtsprechung Hongkongs in Gefahr. Seit Mitte Juni 2019 kam es zu Kundgebungen, die grossenteils friedlich verliefen. Mehrmals nahmen da-

ran gegen zwei Millionen Menschen teil. Trotzdem wurden die Kundgebungen von den Hongkonger Behörden und den chinesischen Medien als «Riots», als gewaltsame Krawalle, abgestempelt. Heikel wurde die Lage, als einzelne Demonstranten im August den internationalen Flughafen von Hongkong blockierten. Die Polizei reagierte mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummischrot. Chinas Volksbefreiungsarmee drohte ziemlich unverhüllt mit einem Eingreifen. Dies auch im Hinblick auf den siebzigsten Jahrestag der Volksrepublik, den die chinesischen Behörden ohne Störungen aus Hongkong feiern wollten. Die Kundgebungen dauerten bis Anfang 2020 an. Erst die Coronakrise führte zum vorläufigen Ende. Aber der tiefe Graben zwischen der einstigen Kronkolonie Hongkong und dem kommunistischen China blieb unüberbrückbar.

Auch in Bolivien, Chile, Ecuador und Kolumbien führten soziale Ungerechtigkeiten zu monatelangen regierungsfeindlichen Protesten. Dabei genügte oft ein geringfügiger Anlass, um das Fass zum Überlaufen zu bringen. In Chile beispielsweise war eine Preiserhöhung der Metro de Santiago um umgerechnet vier Rappen Auslöser der Unruhen; diese richteten sich bald auch gegen das unzureichende Rentensystem und gegen das neoliberale Wirtschaftssystem insgesamt. In Ecuador mündeten Proteste gegen Armut und

Ungerechtigkeit am 9. Oktober in einen Generalstreik. In Bolivien führten die Unruhen zum Sturz des Langzeit-Präsidenten Evo Morales.

Auch in Libanon, Irak und Iran demonstrierten Tausende von Menschen gegen Ungerechtigkeit, Misswirtschaft und Korruption. In Iran ging das Regime mit aller Brutalität gegen die Kundgebungen vor. Die Coronakrise liess diese Proteste abebben. Doch sie deuteten an, dass es auch für «Gottesherrschaften» keine unbeschränkten Garantien gibt, wenn sie die Wünsche ihrer Völker missachten.

Konzeptlose USA

In den USA blieb Präsident Donald Trump seinem erratischen Führungsstil treu, mit dem er innen- wie aussenpolitisch permanent für Unruhe sorgt. Wie in früheren Jahren drehte sich das Ämterkarrussell in Washington: Im September 2019 trat beispielsweise John Bolton als Sicherheitsberater zurück. Die Handelsstreitigkeiten mit der EU und China dauerten an. Auch im Nahen Osten und gegenüber Russland verfolgte Trump eine wenig kohärente Politik. Doch auch den oppositionellen Demokraten mangelte es an einer überzeugenden Gegenstrategie. Sie liessen sich zu einem Amtsenthebungsverfahren hinreissen, als bekannt wurde, dass Trump den ukrainischen Präsidenten Selensky angeblich zu Untersuchungen gegen den Sohn von

Ex-Vizepräsident Joe Biden gedrängt hatte. Das Verfahren fand im Repräsentantenhaus eine Mehrheit, scheiterte jedoch im Senat. In den Vorwahlen für die Präsidentschaftswahl vom November 2020 schälte sich Joe Biden als Favorit für eine Kandidatur gegen Trump heraus. Dies bevor die Coronakrise die USA besonders hart traf und damit eine neue Ausgangslage für die Wahl vom November schuf.

Befreiung aus der Brexit-Sackgasse

Bis die Corona-Pandemie auch Europa mit voller Härte traf, befand sich die Europäische Union im Banne der Brexit-Krise. Der 2016 durch ein Referendum beschlossene Austritt Grossbritanniens aus der EU wurde zu einem Drama sondergleichen – bis es dem neuen Premier Boris Johnson endlich gelang, den gordischen Knoten zu durchtrennen.



Bild: Keystone-SDA

Premier Boris Johnson unmittelbar vor dem definitiven Ausscheiden Grossbritanniens aus der EU beim Verlassen seines Amtssitzes in London.

nen. Am 23. Juli 2019 löste Johnson Theresa May an der Spitze der Konservativen Partei ab. Auch er tat sich anfänglich schwer, im Parlament Mehrheiten zu finden. Schliesslich gab das Unterhaus Johnsons Drängen nach Neuwahlen nach. Bei den vorgezogenen Wahlen am 12. Dezember gewann die konservative Partei mit 43,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im House of Commons (mit neu 365 von 650 Sitzen). Die Labour Party erzielte ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1935 (mit 32,2 Prozent der Stimmen und 203 Mandaten). Das Votum unterstrich den Willen der Briten, so bald wie möglich aus der EU auszutreten. Am 9. Januar 2020 stimmte das Parlament dem Brexit-Abkommen zu, worauf das Vereinigte Königreich am 31. Januar 2020 um 24 Uhr MEZ definitiv aus der Europäischen Union austrat.

Deutschland im Krisenmodus

In Deutschland setzte sich die Agonie der Grossen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel fort. Die CDU/CSU und die SPD erlitten bei fast allen Landtagswahlen empfindliche Verluste. In Thüringen (am 27. Oktober 2019) beispielsweise kam die CDU noch auf 21,7 Prozent der Stimmen und büsste 11,8 Prozent ein; die SPD erreichte 8,2 Prozent. Demgegenüber errang die rechte «Alternative für Deutschland» (AfD) überall im Osten Stimmenanteile von rund

einem Viertel. Die AfD, die 2017 mit 12,6 Prozent der Stimmen erstmals in den Bundestag eingezogen war, blieb in der deutschen Politik ein Pariah, mit dem niemand etwas zu tun haben wollte. Andererseits sorgte gerade diese Ausgrenzung dafür, dass sich die Partei immer wieder als einzige echte Opposition gegen eine weithin handlungsunfähige Grosse Koalition in Szene zu setzen wusste. Kritisch war die Situation besonders für die SPD, die bei der Bundestagswahl 2017 ihr bisher schlechtestes Ergebnis erzielt hatte (mit 20,5 Prozent der Stimmen). Andrea Nahles, die im April 2018 zur Parteivorsitzenden gewählt worden war, trat bereits im Juni 2019 wieder zurück; an ihrer Stelle wählte die SPD eine Doppelspitze mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Auch die CDU/CSU war bei der Bundestagswahl 2017 mit 32,9 Prozent auf ein historisches Tief gefallen. Symptomatisch für die Krise der Partei war, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2018 den Bundesvorsitz der CDU abgab. Die neue Vorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK), erfüllte jedoch die Erwartungen nicht; bereits am 10. Februar 2020 kündigte sie ihren Rücktritt an. Die Coronakrise sorgte auch in der Bundesrepublik für eine politische Zäsur. Davon profitierte nicht zuletzt Angela Merkel, die sich mit ihrer ruhig-besonnenen Art als Krisenmanagerin bewährte.

Blick in die Schweiz

Mit der Coronakrise hat auch die Schweiz die wohl grösste Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt. Die Pandemie führte zu einem beispiellosen Stillstand des öffentlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens. Um das Virus zu bändigen, musste der Bundesrat mit Notrecht Grundrechte wie die Versammlungs- und Wirtschaftsfreiheit einschränken, Grenzen schliessen und der Bevölkerung Verhaltensweisen aufzwingen, wie es das in neuerer Zeit nie gegeben hatte. Beispiellos waren auch die Hilfspakete, welche Behörden und Banken schnürten, um den wirtschaftlichen und sozialen Kollaps zu verhindern.

Der erste Corona-Fall wurde am 25. Februar im Tessin registriert – rund einen Monat nach dem erstmaligen Auftauchen des Virus in Italien. In den folgenden Tagen stieg die Zahl der positiv Getesteten: am 29. Februar waren es bereits 21. Praktisch alle hatten sich bei Aufenthalten in Norditalien mit dem Virus infiziert. Besonders betroffen waren das Tessin und die Westschweiz. Am 5. März wurde der erste Todesfall (in der Waadt) registriert. Am selben Tag wurde die Schwelle von hundert bestätigten Fällen insgesamt überschritten. Damit war die Schweiz pro Kopf der Bevölkerung eines der am stärksten belasteten Länder Europas.

Man wird bei einer späteren

Aufarbeitung der Krise berechtigterweise fragen, ob der Bundesrat zeitgerecht auf die Krise reagierte. Ob er die Grenzen, vor allem zu Norditalien, nicht früher hätte schliessen sollen? Ob er nicht früher Versammlungsverbote hätte erlassen müssen? Jedenfalls traf die Pandemie die Schweiz – wie andere europäische Länder – schlecht vorbereitet. Es fehlte an Spitalbetten, Beatmungsgeräten und Schutzmasken selbst für das Spital- und Pflegepersonal. Studien wie der Pandemie-Plan 18, der Massnahmen für den Fall einer globalen Krankheitswelle aufgezeigt hatte, waren unbeachtet in den Schubladen von Bund und Kantonen liegen geblieben. Selbst Medikamente waren vorübergehend nicht in genügender Menge vorhanden. Für Empörung sorgte weitherum, dass Deutschland und Frankreich Lieferungen von Schutzmasken und Beatmungsgeräten mehrere Wochen lang blockierten, bevor sie sie freigaben.

«Ausserordentliche Lage»

Am 28. Februar 2020 verkündete der Bundesrat eine «besondere Lage» gemäss dem Epidemiengesetz (EpG) und untersagte Anlässe von über tausend Personen. Davon betroffen waren die Basler Fasnacht sowie der Genfer Autosalon; auch die Eishockey- und die Fussballmeisterschaft mussten abgebrochen werden. Ab dem 4. April verbot die Landesregierung den

Präsenzunterricht an allen Schulen. Sämtliche Skigebiete mussten am 14. März ihren Betrieb einstellen. Am 16. März erklärte der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» gemäss EpG. Sämtliche Läden (ausser Lebensmittel), Märkte, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen. Auch Coiffeursalons und Kosmetikstudios mussten zumachen. Ab sofort galt ein Verbot für private und öffentliche Veranstaltungen. Ansammlungen von mehr als fünf Personen wurden verboten. Zu sämtlichen Nachbarstaaten ausser Liechtenstein wurden Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen eingeführt.

Der Bund organisierte ausserdem eine Rückholaktion für im Ausland gestrandete Schweizer. Insgesamt wurden in diesem

Rahmen an die siebentausend Personen in 35 Sonderflügen in die Schweiz geflogen. Am 18. März 2020 sagte der Bundesrat die für den 17. Mai 2020 geplante Volksabstimmung ab, da die freie Meinungsbildung nur eingeschränkt möglich sei. Ausserdem beschloss die Landesregierung, bis zu achttausend Angehörige der Armee in den Assistenzdienst aufzubieten, um die zivilen Behörden zu unterstützen. Es handelte sich um die grösste Mobilisierung von Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg. Innert weniger Tage trafen rund dreihundert Gesuche ein, vor allem von Spitälern und Heimen. Nur Tage später, am 20. März, beschloss der Bundesrat ein Hilfspaket für Unternehmen: Rund 42 Milliarden Franken sollten zur Verfügung gestellt werden. Das Paket, das in Windeseile geschnürt wurde, bestand

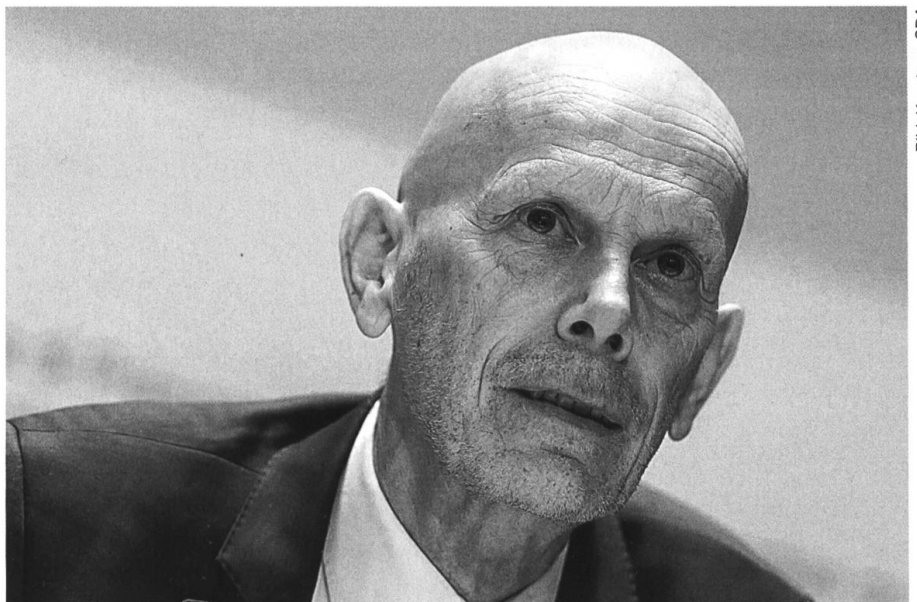


Bild: Keystone-SDA

Das Gesicht der Pandemiebekämpfung: Daniel Koch, Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten im Bundesamt für Gesundheit.

aus zwei Kernpfeilern: Unter dem Titel «Kurzarbeit» wurde Firmen Geld für Lohnzahlungen gewährt, die sich sonst zu Entlassungen genötigt gesehen hätten. Zweitens sah das Massnahmenpaket vor, dass Firmen unkompliziert Kredite von Banken beziehen konnten, um laufende Rechnungen und Löhne zu zahlen. Das Modell war einfach: Die Banken gewährten die Kredite; der Bund bürgte für die Rückzahlung.

Bis Anfang April stiegen die Zahlen bestätigter Coronafälle rasant an. Den Höhepunkt erreichte die Pandemie am 28. März mit über 1500 bestätigten Neuansteckungen in 24 Stunden. Dann begannen die Zahlen, wie von Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit vorhergesagt, sukzessive wieder zu fallen. Anfang Mai sank die Zahl neuer Erkrankungen unter die Schwelle von hundert. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der Schweiz rund 30 000 Menschen an Covid-19 erkrankt. Die Zahl der Verstorbenen betrug nach offizieller Zählung rund 1500. Nirgends stiess das Gesundheitswesen an seine Grenzen; selbst in den am stärksten betroffenen Kantonen Tessin, Waadt und Genf blieben stets noch Kapazitäten frei.

Die Massnahmen des Bundesrates und des BAG ernteten in der Bevölkerung viel Anerkennung. Im Grossen und Ganzen hielten sich die Leute diszipliniert an die Weisungen der Behörden. Aber der Konsens zer-



Bild: Katja Nideröst

«Corona-Mauer»: Ein doppelter Metallzaun zwischen Konstanz und Kreuzlingen trennt auch enge Freundinnen voneinander.

brach, als die Fallzahlen im April zu sinken begannen. Waren die hohen Kosten gerechtfertigt? Wurden die Interessen der Wirtschaft genügend berücksichtigt? Unternehmen, Detailgeschäfte, Gastrobetriebe und Selbständigerwerbende drängten auf einen raschen Ausstieg aus dem «Lockdown». Die bürgerlichen Parteien übernahmen diese Forderungen. Bis Anfang Mai wurden Gesuche für Kurzarbeit für 1,9 Millionen Personen eingereicht. Dies entsprach mehr als einem Drittel aller Erwerbstätigen. Eine Entlassungswelle konnte zwar vermieden werden. Jeden Werktag verloren aber gegen tausend Personen ihren Job. Die Arbeitslosenquote stieg im März von 2,5 auf 2,9 Prozent, im April auf 3,3 Prozent. Die Wirtschaft büsste massiv an Produktivität ein. Der Flughafen Zürich verzeichnete im April 99 Prozent weniger Passagiere als im Vorjahr; im ÖV

gingen die Frequenzen um 90 Prozent zurück.

Der Bundesrat wählte trotzdem einen vorsichtigen Weg zurück in die Normalität: Ab 27. April durften zuerst Bau- und Hobbymärkte, Garten-Center, Coiffeure- und Kosmetiksalons wieder öffnen, in einem zweiten Schritt (11. Mai) Schulen und Detailgeschäfte. Ein dritter Schritt war für Juni vorgesehen. Auf Druck der Bevölkerung und der Wirtschaft ermöglichte die Landesregierung auch Gastrobetrieben, ab 11. Mai wieder Gäste zu empfangen. Dies allerdings unter strikten Hygiene-Auflagen.

Eine Sondersession der Eidgenössischen Räte Anfang Mai billigte praktisch alle Beschlüsse der Regierung (mit einem Kostenrahmen von 57 Mrd. Franken). Darin enthalten waren auch die Kredite für die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss sowie für flugnahe Betriebe in

der Höhe von 1,9 Milliarden Franken, ferner für Kultur (280 Mio.) und für Sport (100 Mio.). Im Gegensatz zum Bundesrat beschlossen National- und Ständerat, auch die Kindertagesstätten (Kitas) mit 65 Millionen Franken zu unterstützen, ebenso die Medien und den Tourismus. Offen blieb, wie die Schuldenlast in den kommenden Jahren abgetragen werden kann.

Parlament wird grüner

Alles hatte im Vorfeld der Parlamentswahlen 2019 auf eine Stärkung des linksgrünen Lagers hingedeutet. Ökologische Themen dominierten die Diskussion. «Europa», Migration, Ausländerkriminalität, Gesundheitskosten, AHV oder Arbeitslosigkeit – die Hauptthemen früherer Wahljahre – spielten kaum eine Rolle. Tatsächlich gingen die grünen Parteien als Sieger aus den «Klimawahlen» vom 20. Oktober 2019 hervor: Die Grüne Partei (GPS) gewann gesamtschweizerisch 6,1 Prozent hinzu und kam auf 13,2 Prozent der Stimmen. Die Grünliberalen (GLP) erzielten einen Wähleranteil von 7,8 Prozent (+ 3,2). Die SVP blieb mit 25,6 Prozent zwar wählerstärkste Partei, büsste aber 3,8 Prozent ein. Zu den Verlierern gehörten auch die SP mit 16,8 Prozent (–2,0 Prozent), die FDP mit 15,1 Prozent (–1,3 Prozent), die CVP mit 11,4 Prozent (–0,3 Prozent) und die BDP mit 2,4 Prozent (–1,7 Prozent). Auch punkto

Sitzgewinnen waren die Grünen am erfolgreichsten: Sie steigerten die Zahl ihrer Mandate um 17 auf 28. Damit verbuchte die GPS den grössten Sitzgewinn einer Partei seit Einführung der Proporzwahl 1919. Die SP mit 39 Sitzen (–4), die FDP mit 28 Sitzen (–4) und die CVP mit 25 Mandaten (–2) erzielten ihre jeweils schlechtesten Ergebnisse seit 1919. Die SVP verlor 12 Sitze und kam neu noch auf 53.

Auch im Ständerat erreichten die Grünen deutliche Zugewinne, sie konnten ihre Vertretung um 4 auf 5 Sitze ausbauen. Die SP-Delegation verkleinerte sich von 12 auf 9 Mandate. Auf bürgerlicher Seite konnte die SVP einen Sitz hinzugewinnen (neu 6); die FDP behauptete ihre 12 Mandate. Die CVP blieb mit 13 Sitzen zwar stärkste Partei im Ständerat, büsste aber eines ihrer Mandate ein.

Nicht nur die grünen Parteien

konnten ihren Anteil vergrössern; auch die Frauen gewannen markant hinzu: Im Nationalrat stieg der Frauenanteil auf 42 Prozent (plus 10 Prozent). In den Ständerat wurden 12 Frauen gewählt (gegenüber 7 im Jahr 2015), das entsprach einem Anteil von neu rund 26 Prozent.

Kontinuität im Bundesrat

Im Nachgang zu den Wahlen erhob die Grüne Partei Anspruch auf eine Vertretung im Bunderat. Die GPS trat mit Parteichefin Regula Rytz an. Ihr Angriff richtete sich gegen FDP-Bundesrat Ignazio Cassis. Die Bundesversammlung bestätigte jedoch alle sieben bisherigen Mitglieder der Landesregierung. Rytz unterlag Cassis mit 81 gegen 154 Stimmen.

Da 2019 ein Wahljahr war, fanden im zweiten Halbjahr traditionsgemäss keine eidgenössi-



Bild: Keystone-SDA

Siegerin der Nationalratswahlen 2019: Regula Rytz, Präsidentin der Grünen Partei der Schweiz, im Wahlstudio des Fernsehens.

schen Urnengänge statt. Am 9. Februar 2020 stimmte das Volk mit 63,1 Prozent Ja einer Ausdehnung des Diskriminierungs-Paragrafen im Strafgesetzbuch zu; Benachteiligungen und Hass-Aufrufe wegen der sexuellen Orientierung wurden neu unter Strafe gestellt. Gleichtags lehnten Volk und Stände eine Initiative der Mieterverbände für «mehr bezahlbare Wohnungen» mit 59 Prozent Nein-Stimmen ab.

Aufbruch in der Klimapolitik

Hätte die Corona-Krise nicht für völlig neue Prioritäten gesorgt, wäre 2019/2020 zu einem Jahr des klimapolitischen Aufbruchs geworden: Ein erster Anlauf zu einer Totalrevision des CO₂-Gesetzes war 2018 im Nationalrat an einer «unheiligen Allianz» von Befürwortern und Gegnern griffiger Abgaben gescheitert. 2019 änderten sich jedoch die Voraussetzungen: Unter dem Eindruck kaum mehr zu leugnender Klimaveränderungen war in der Bevölkerung weitherum ein Umdenken zu beobachten. Dieses hinterliess auch Spuren in der Politik. Namentlich die FDP schwenkte auf einen umweltfreundlicheren Kurs ein. Der Ständerat beschloss im September Massnahmen, die den Zielen des Klimaabkommens von Paris entsprechen. Künftig soll auf Flugtickets eine Abgabe von mindestens 30 und höchstens 120 Franken erhoben werden. Belohnt

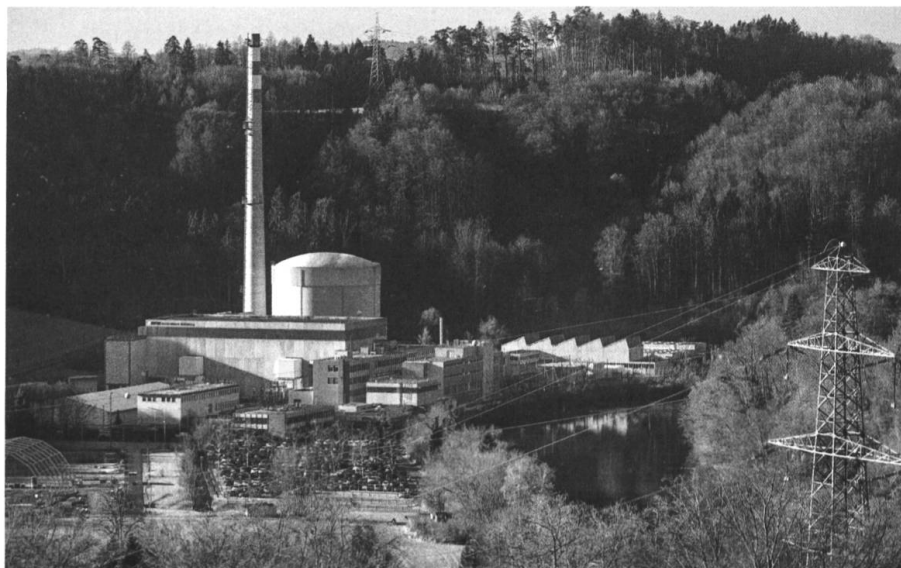


Bild: Keystone-SDA

Ging als erstes Schweizer Kernkraftwerk am 20. Dezember 2019 vom Netz: das AKW Mühleberg bei Bern.

werden jene, die wenig oder gar nicht fliegen: Gut die Hälfte der Einnahmen soll an die Bevölkerung zurückerstattet werden, die andere Hälfte flosse in einen neuen Klimafonds. Auch der Strassenverkehr soll seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten: Nach dem Willen des Ständerates soll der Liter Treibstoff bis 2025 um höchstens 10 Rappen verteuert werden, ab 2025 um bis zu 12 Rappen. Teurer werden könnte auch das Heizöl. Der maximale Satz der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen soll von 120 auf bis zu 210 Franken steigen.

Als erstes Schweizer Atomkraftwerk wurde 2019 das AKW Mühleberg vom Netz genommen. Das Werk hatte seinen Betrieb 1972 aufgenommen. Mit der (noch nicht beschlossenen) Stilllegung der anderen Kernkraftwerke (Beznau I, Beznau II, Gösgen und Leibstadt) stellt sich

der Energiepolitik ein umso anspruchsvolleres Ziel, als der Stromkonsum nach wie vor wächst. Aktuell trägt die Kernenergie rund 37 Prozent zur Gesamtstromerzeugung bei. Die Strategie des Bundes für die Energiewende sieht erstens den Ausbau erneuerbarer Energien (Wasserkraft, Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie) vor. Zweitens soll die Energieeffizienz in Gebäuden, Haushalten, im Verkehr und in der Industrie gesteigert werden. Aber genügt das, um den Atomstrom klimafreundlich zu ersetzen? Die Frage blieb offen, wie die Versorgung unseres Landes mit Strom und anderen Energien nachhaltig gesichert werden kann und wie sich eine wachsende Auslandabhängigkeit vermeiden lässt. Nicht zuletzt die Coronakrise dürfte dazu beitragen, die Aufmerksamkeit für solche Fragen zu schärfen.